

Wohnungspolitik: Lobbyarbeit auf Hochtouren

Über den Streit um das Baukindergeld oder die Mietpreisbremse wird aktuell viel berichtet. Diese und weitere Maßnahmen sind Teil der sogenannten Wohnraumoffensive der Bundesregierung. Ein Höhepunkt: der Wohnungsgipfel der Bundesregierung Anfang Oktober in Berlin. Die Bundesregierung muss jetzt zeigen, dass sie sich in der Wohnungspolitik nicht einseitig von der Immobilien- und Baulobby beeinflussen lässt.



Im April gingen rund 20.000 Menschen in Berlin auf die Straße, um für bezahlbaren Wohnraum zu protestieren. Mieterinitiativen können mittlerweile viele Menschen mobilisieren, der Widerstand gegen steigende Mieten wächst.

Auf dem Wohngipfel werden alle zusammenkommen, die sich beim Thema Wohnungspolitik in der Bundesregierung einen Namen gemacht haben. Schließlich kam der Wunsch nach einem solchen Gipfel aus der Bau- und Immobilienwirtschaft. Die Bau- und Immobilienlobby sind gut mit der Politik vernetzt und bestimmen die Agenda des Großevents wesentlich mit. Schon in der letzten Legislaturperiode war die Bau- und Immobilienlobby über das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ direkt in die Bundespolitik eingebunden. Die damalige Bauministerin Barbara Hendricks (SPD) hatte das Bündnis gegründet, um mehr Wohnraum zu schaffen. Neben Politik und Kommunen sind darin fast ausschließlich diejenigen vertreten, die mit dem Wohnen Geld verdienen wollen. Allein der Mieterbund vertritt die Perspektive der NutzerInnen, DGB und IG BAU die Sicht der Beschäftigten.

Bau- und Immobilienlobby in der Überzahl

Das ist ein massives Ungleichgewicht bei der Interessenvertretung – Wohnungspolitik sollte vor allem für die Menschen gemacht werden, die in den Häusern wohnen oder eine neue bezahlbare Bleibe suchen.

Und mehr noch: Waren unter Bauministerin Hendricks zumindest noch Vertreter/innen der Oppositionsparteien bei den Bündnistreffen vertreten, hat der neue Bauminister Horst Seehofer (CSU) diese nun ausgeschlossen. Der Wohngipfel droht nun zu einem Höhepunkt einer unausgewogenen Wohnungspolitik zu werden. Schon jetzt läuft die Lobbyarbeit der Immobilien- und Bauwirtschaft auf Hochtouren. Während sich Mieterinitiativen und Sozialverbände für mehr Mieterrechte, mehr Sozialwohnungen mit langfristiger Bindung oder gemeinnütziges Wohnen einsetzen, will die Bau- und Immobilienlobby Steuersenkungen für Bau- und Immobilienkonzerne und Deregulierungen im Baurecht durchsetzen. Mehr Bauen wollen alle – fragt sich nur, für wen.

Wohngipfel für alle statt einseitiger Lobbygipfel!

Wir wollen, dass auf dem Wohnungsgipfel alle wichtigen wohnungspolitischen Fragen auf den Tisch kommen – und nicht nur die Wünsche der Bau- und Immobilienlobby. Wir werden uns in den nächsten Wochen dafür einsetzen, dass der Wohngipfel nicht – ähnlich wie der Dieseltipfel im letzten Sommer – zum einseitigen Lobbygipfel wird.

Christina Deckwirth

editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

Im Mai habe ich mir die ARD-Dokumentation „Ungleichland“ angeschaut. Der Film hat mich sehr beeindruckt, weil er einen erschreckenden Einblick in das Thema Reichtum und Einfluss gewährt – ein Thema, das auch uns immer wieder umtreibt.

Ein Beispiel: Ein superreicher Bauunternehmer wartet auf eine Baugenehmigung, verlangt ein Gespräch mit der zuständigen Kölner Oberbürgermeisterin, droht mit einer Standortverlagerung seines Unternehmens und bekommt schließlich die Zusage für den pünktlichen Baustart. Lobbyismus par excellence, so scheint es.

Parallelgeschichte: Eine vierköpfige Familie hat Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Neubauwohnungen des besagten Bauunternehmers sind zu teuer. Verunsicherung und Frustration sind die Folgen. Einen direkten Draht zur Politik hat sie nicht.

Wohnungspolitik ist eine der zentralen sozialen Frage dieser Zeit. Doch wer nimmt Einfluss? Wer prägt die Wohnungspolitik der Bundesregierung? Wir werden uns in den nächsten Wochen dafür einsetzen, dass sich die Bundesregierung nicht einseitig von der mächtigen Bau- und Immobilienlobby beeinflussen lässt. Damit wollen wir unsere wichtige Arbeit im Bereich Einfluss und Reichtum fortsetzen.

Mit herzlichen Grüßen



Christina Deckwirth

Christina Deckwirth
Campaignerin

Foulspiel an der Demokratie

Wenn König Fußball regiert, wer schaut da noch auf den Bundestag? So war offenbar das Kalkül der Großen Koalition: Zum WM-Auftakt erhöhte sie im Eilverfahren die staatliche Parteienfinanzierung um 25 Millionen Euro pro Jahr – und beging dabei ein Foulspiel an der Demokratie.



Foto: LobbyControl

Schnappschuss auf dem Weg zu einer Protestaktion vor dem Bundestag im Wahlkampf 2013: Bessere Regeln bei der Parteienfinanzierung fordern wir schon lange.

Um es klar zu sagen: Wir haben nichts gegen die staatliche Parteienfinanzierung. Sie bemisst sich in erster Linie nach Wahlergebnissen. Eine Erhöhung könnte sogar helfen, Parteien unabhängiger von Großspendern und Sponsoren zu machen. Doch dafür braucht es auch Obergrenzen für Parteispenden und mehr Transparenz, vor allem beim Parteisponsoring durch Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Dagegen aber sperren sich Union und SPD seit Jahren. Sie ignorieren unsere Kritik genauso wie die wiederholten Reform-Aufforderungen der Anti-Korruptionsgruppe des Europarats (GRECO). Besonders frech: Die Erhöhung begründet Schwarz-Rot trotzdem mit angeblich gestiegenen Transparenz- und Rechenschaftsanforderungen!

Im Hauruck-Verfahren durch den Bundestag

Die Expertenanhörung im Bundestag wurde so kurzfristig angesetzt, dass die Mehrzahl der Sachverständigen keine schriftlichen Gutachten einreichen konnte. Nicht nur dieses Hauruck-Verfahren provozierte den Unmut der Experten - die Konstanzer

Professorin Schönberger und zwei weitere Gutachter nannten den Entwurf sogar „verfassungswidrig“. Grüne, Linke und FDP haben eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt.

Auch die gerade erschienenen Rechenschaftsberichte der Parteien für 2016 legen den Finger in die Wunde. Denn sie lassen wieder viele Fragen offen: So bleibt unklar, wer die Parteien mit wieviel Geld „sponsert“ - und wer hinter der millionenschweren Wahlkampfhilfe für die AfD steckt, die über einen Tarnverein und eine Schweizer Werbeagentur abgewickelt wurde.

Großspenden: Transparenz für Sie!

Immerhin können Sie sich jetzt schnell und einfach informieren, wer die Parteien in 2016 ganz offiziell mit Großspenden von mehr als 10.000 Euro unterstützt hat: Unsere Parteispenden-Datenbank macht Ihnen alle Großspenden seit dem Jahr 2000 zugänglich.

www.lobbypedia.de/wiki/Parteispenden-Datenbank.

Annette Sawatzki

Jahresbericht 2017

Auf einem festem Fundament haben wir viel ins Rollen gebracht

Was hat LobbyControl 2017 gemacht? Wie haben wir unsere Arbeit finanziert? Antworten dazu finden Sie in unserem neuen Jahresbericht.

+++ Wir haben unsere Wahlkampagne „Wir wollen wissen, was drin steckt“ durchgeführt. Sie zeigte Wirkung, allerdings flog das Lobbyregister bei Schwarz-Rot in letzter Minute aus dem Koalitionsvertrag – auf Druck der CSU. +++ Mehr als 5.000 Jugendliche und Erwachsene folgten auf einer unserer Stadtführungen den Spuren der Lobbyisten durch Berlin. +++ Wir haben uns bei vielen Debatten eingemischt: ob bei Dieselgate, der Kaviar-Diplomatie Aserbaidschans oder der verdeckten Wahlkampfwerbung für die AfD. +++ und vieles mehr +++

Es sind unsere Fördermitglieder und SpenderInnen, die unsere Arbeit ermöglichen. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich. 9.216 Menschen haben 2017 die Arbeit von LobbyControl mit einer Spende unterstützt, davon 4.574 als Fördermitglied.

Ronald Pabst

Hier können Sie den Bericht lesen:

www.lobbycontrol.de/jahresberichte



Foto: Christian Mang | LobbyControl

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit in 2017: Unsere Wahl-Kampagne für Lobbytransparenz

Krankenversicherung will nicht länger Türöffner für Werbung an Schulen sein

Nach unserer Kritik stellte die Barmer Krankenkasse ihre Unterstützung für den Laufwettbewerb "Kindersprint" ein. Mit dem Wettbewerb wurden mehr als 25.000 Grundschüler angesprochen und mit ihren Eltern in Einkaufszentren oder Autohäuser gelockt.

Die Krankenkasse wirkte dabei – bewusst oder unbewusst – als Türöffner für Werbung an Schulen. Der bekannte Name der Versicherung und die als positiv anerkannte Bewegungsförderung wurde von anderen Unternehmen genutzt, um Werbung in den besonders sensiblen Bereich Schule zu tragen. Eine LobbyControl-Unterstützerin hatte uns darauf aufmerksam gemacht.

„Aus den Fugen geraten“

Das Ergebnis unserer Intervention: Nach einigem Hin und Her entschied sich die Kasse, die Zusammenarbeit mit dem Projektpartner einzustellen. Sie schrieb uns: „Wenn in den konkreten Maßnahmen vor Ort das Verhältnis zwischen Präventionsauftrag und Werbung an der einen oder anderen Stelle aus den Fugen gerät und Aktionen vor Ort sich zu Werbeveranstaltungen entwickeln, können wir dies als Krankenkasse nicht gut heißen.“ Das ist begrüßenswert.

Der Fall zeigt, dass es auf wachsame Eltern, LehrerInnen und Aktive vor Ort ankommt, um Werbung und Lobbying an Schulen zu verhindern.

Fabian Kaske

MEIN FINAL TICKET

Liebe Eltern, bitte füllen Sie diese Karte gut lesbar aus, und bringen diese am Freitag mit!

Junge Mädchen

Vorname: _____

Nachname: _____

1. Klasse 2. Klasse 3. Klasse 4. Klasse

Schule: _____

PLZ: _____ Stadt: _____

E-Mail: _____

ABLAUF BEIM FINALE

- Anmeldung:** Melde Dich mit Deinem ausgefüllten Finalticket an unserem Informationsstand. Falls Du Dein Finalticket verloren hast, leg es dort noch weiche bereit.
- Training:** Trainiere für Deinen Werbungslauf & sammle möglichst viele Laufzeiteln.
- Werbungslauf:** Dieser Lauf entscheidet über Deine Platzierung.
- Sieglerstörung:** Das Spiel wird für Freileistung ausgeschrieben.
- Überraschung:** Mit Deinen Laufzeiteln kann Du bei unseren Partnern kleine Überraschungen abholen.

Dein Laufzeitel ist doppelt gut. Auf Deinen Laufzeiteln findest Du Deine gemessenen Zeiten. Dort kannst Du sehen wie Du Dich geistig fühlst und Deine Leistungen mit Deinen Freunden vergleichen. Zusätzlich findest Du unten auf dem Laufzeitel ein Sammelbild. Sammle diese Bilder und hole Dir bei unseren Partnern kleine Überraschungen ab.

Laufzeitel sammeln und kleine Überraschung abholen! Die Sammelbilder auf Deinen Laufzeiteln zeigen Dir, wie viele gleiche Bilder Du sammeln musst, damit Du Dir eine kleine Überraschung bei unseren Partnern abholen kannst.

3x BARMER Laufzeitel beim FINALE entauschen!	3x INTERSPORT Voswinkel Vom 06.02. - 18.02.2017 bei INTERSPORT Voswinkel • Kalteisdamm, Döbelberg, Sommerwall 20, 41181 Döbelberg	3x REWE Laufzeitel beim PARTNER entauschen!
3x H&M Laufzeitel beim FINALE entauschen!	3x UGOLOAN Laufzeitel beim FINALE entauschen!	3x SEALIFE Laufzeitel beim FINALE entauschen!

Technischer Support: **ME** Es gibt für jedes Kind nur eine Überraschung pro Partner und nur solange der Vorrat reicht.

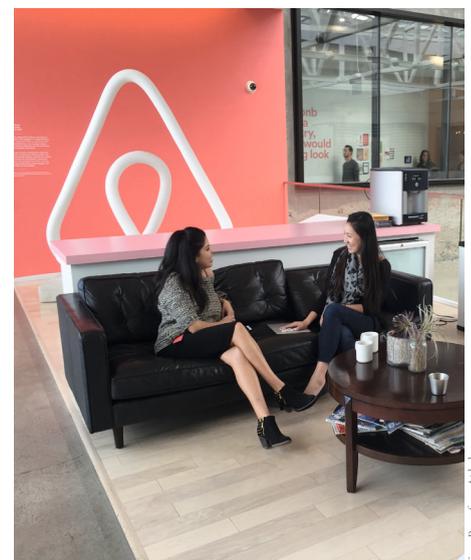
Worwasthalter des Kindersprints: Markus Laurentz • Laurentz-Straße 36 • 48933 Coesfeld-Lette • Telefon: 02546-2087-200 • Fax: 02546-2087-199 • www.kindersprint.de • info@kindersprint.de

Mit der Aussicht auf „kleine Überraschungen“ wurden Kinder mit ihren Eltern zu Werbeveranstaltungen außerhalb der Schule gelockt.

Airbnb & Co im Kampf gegen Kommunen

Vierorts gibt es Konflikte um Vermietungs-Plattformen wie Airbnb. Städte versuchen mit neuen Regeln, die Umwidmung von Wohnraum in Ferienwohnungen zu verhindern. Unser Partner Corporate Europe Observatory hat recherchiert, wie Airbnb & Co. und ihr europäischer Lobbyverband den Spielraum der Städte beschneiden wollen. Strikte Beschränkungen der Plattformen sollen als Verstoß gegen den EU-Binnenmarkt gelten. Wir haben darüber die Presse informiert und auf unserer Webseite berichtet.

Uli Müller



Nicht alles bei Airbnb ist so glänzend wie die Fassade.

Aserbaidshchan: Europarat fordert Konsequenzen

Teilerfolg unserer Arbeit zur Aserbaidshchan-Connection deutscher Abgeordneter: Der Europarats stellte bei Karin Strenz (CDU) einen Verstoß gegen die Verhaltensregeln fest und verhängte Sanktionen gegen sie. Sie hatte Geld vom Aserbaidshchan-Lobbyisten Eduard Lintner (CSU) erhalten und dies nicht angegeben. Bis Ende 2018 soll der Bundestag berichten, welche Konsequenzen er daraus zieht. Wir machen uns für ein Lobbyregister stark, dass Licht auf solche Lobby-Netzwerke wirft.

Uli Müller

Termin sichern!

Unsere Mitgliederversammlung 2018 findet am 13. Oktober in Berlin statt. Mitte September erhalten alle Fördermitglieder die Tagesordnung sowie das Anmeldeformular.

impressum

AutorInnen: Max Bank, Christina Deckwirth, Fabian Kaske, Nina Katzemich, Timo Lange, Uli Müller

Redaktion: Sebastian Meyer (V.i.S.d.P.)
LobbyControl e.V.

Kontakt: Am Justizzentrum 7, 50939 Köln
Tel.: 0221 - 995 715 - 0
Fax: 0221 - 995 715 - 10

kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Layout: Hannes Jung

Druck auf 100% Recyclingpapier

JEFTA: Kuschelkurs mit Konzernen geht weiter

Nach der breiten Kritik an Handelsabkommen wie TTIP und CETA gelobte die EU Besserung. Doch das Gegenteil ist der Fall. Auch die Verhandlungen zum EU-Japan Abkommen JEFTA waren hochgradig intransparent und von Konzerninteressen dominiert. Dagegen mobilisieren wir – in Europa und Japan.



Unser Handelsexperte Max Bank im Austausch mit japanischen Partnern in Tokio.

Viel Kritik gab es in den letzten Jahren an den umstrittenen Handelsabkommen TTIP und CETA. Trotzdem haben EU-Kommission und Bundesregierung ihre Politik nicht verändert. Das belegt erneut das Handelsabkommen JEFTA mit Japan. Dieses wollten die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten am 6. Juli nach fünf Jahren Geheimverhandlungen möglichst geräuschlos durchwinken.

Doch diese Suppe haben wir ihnen versalzen. Der Rat der EU stimmte zwar bereits zu, aber ohne öffentliche Kritik kamen sie nicht davon. Wir schrieben einen offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten und publizierten zahlreiche Stellungnahmen. Mit Erfolg: Mitte Juli diskutierte der Bundestag nach langem Schweigen über das Abkommen. Grüne und Linke brachten unsere Kritik zur Sprache: Der einseitige Lobbyeinfluss von Konzernen auf die Verhandlungen, die geplante Etablierung eines Schattenparlaments für Lobbyisten durch die „regulatorische Kooperation“ sowie

einseitige Klagerechte für Konzerne über die umstrittenen Schiedsgerichte. Diesen Aspekt haben EU-Kommission und Japan in ein separates Investitionsabkommen ausgelagert - und so das Mitspracherecht der Parlamente ausgehebelt.

LobbyControl on Tour in Japan

Auch in Japan waren wir unterwegs, sprachen dort mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und Abgeordneten des japanischen Parlaments. Erschreckend: In Japan weiß man noch weniger über JEFTA als in Europa.

Selbst der Verhandlungstext ist trotz Abschluss der Verhandlungen dort nicht veröffentlicht. Der Austausch in Tokio hat uns erneut gezeigt: Einen Kurswechsel in der Handelspolitik müssen wir international und gemeinsam durchsetzen. Sonst spielen Konzernlobbyisten uns gegeneinander aus. Noch besteht Hoffnung: Bevor JEFTA in Kraft tritt, müssen das europäische und das japanische Parlament noch zustimmen.

Max Bank

EU: Vertretung der Mitgliedstaaten muss transparenter werden

Wissen Sie, wie die Bundesregierung in Brüssel zur Datenschutzgrundverordnung abgestimmt hat? Oder zum Schließen von Steuerschlupflöchern? Und wer sie dabei beeinflusst hat? Wahrscheinlich nicht. Und das ist auch nicht überraschend, denn: Der Rat der EU, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten versammelt sind, ist die undurchsichtigste aller EU-Institutionen. Das muss sich dringend ändern! Seine Aufnahme ins EU-Transparenzregister, dessen Reform derzeit zwischen den EU-Institutionen verhandelt wird, wäre ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Deshalb schreiben wir Briefe, führen Gespräche mit dem Auswärtigen Amt und stellen immer wieder kritische Anfragen. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass auch der Rat der EU transparenter wird. Nur dann können wir nachvollziehen, welche Lobbyisten versuchen, auf wichtige Entscheidungsträger der nationalen Regierung in Brüssel Einfluss zu nehmen – bisher sehen wir davon rein gar nichts. Ob wir dabei erfolgreich sind? Wir halten Sie auf dem Laufenden!

Nina Katzemich



Bevor die EU-Kommission zum ersten Mal mit dem Rat über ein gemeinsames Lobbyregister verhandelt, machen wir in Brüssel unsere Forderungen deutlich.